

Rheininger Bürgerfreund

Der Rheininger Bürgerfreund erscheint wöchentlich drei mal; Dienstags, Donnerstags und Samstags, an letzteren Tagen mit dem Unterhaltungsblatt „Kleidermacher“.

Anzeiger für den Rheingau

Bezugspreis monatlich 2.— Mk. einschließlich Trichter. Anzeigen: die einseitige Petitzeile 40 Pfennig, die Reklamezeile 1.50 Mk. Beilagengebühr nach Uebereinkunft.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises

Größte Abonnentenzahl aller Rheininger Blätter

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville

Druck und Verlag von Adam Estenne in Oestrich
Fernsprecher No. 88.

Größte Abonnentenzahl aller Rheininger Blätter

Nr 103

Donnerstag, den 26. August 1920

71. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen für das Reichsnotopfer und die Besitzsteuer bis zum 30. September ds. Jrs. verlängert. An der Einhaltung dieser Frist muß unter allen Umständen festgehalten werden.

Radesheim a. Rh., den 25. August 1920

Finanzamt.

Auf Anordnung der Reichskartoffelstelle wird der Höchstpreis für die Provinz Hessen-Nassau hierdurch mit Wirkung vom 23. August 1920 ab von Mk. 28.— auf Mk. 25.— je Zentner ermäßigt.

Cassel, den 19. August 1920

Provinzialkartoffelstelle.

An die Magistrate und Herren Bürgermeister!
Betr.: Bezugsscheine für Kohlen.

Vertreter des Kohlenhandels sind mehrfach bei mir vorstellig geworden mit dem Antrage, darauf hinzuwirken, daß die Bezugsscheine für Kohlen seitens der Gemeinde nicht an Verbraucher unmittelbar, sondern in jedem Falle dem Kohlenhändler zur Vermittelung des Bezuges übergeben werden. Ich kann dieses Verlangen des Kohlenhandels nur als berechtigt bezeichnen, da es dringend wünschenswert ist, daß der Handel allgemein wieder in dem früheren Umfang seine Tätigkeit ausüben kann und ich empfehle deshalb, bei der Ausfertigung der Bezugsscheine den Wünschen des Handels in der obenbezeichneten Weise gerecht zu werden.

Radesheim a. Rh., den 19. August 1920.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Sorgen der Reichsregierung.

Unter dem Vorsitz des vom Urlaub zurückgekehrten Reichslandtagspräsidenten hat in Berlin eine Kabinettsitzung stattgefunden und es verdient Beachtung, daß darüber der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht wird. Ueber die politische Lage soll in dieser Kabinettsitzung gesprochen worden sein und in der Tat ist unsere politische Situation fast allzu reichlich wieder mit Zündstoff angefüllt. In Oberschlesien hält die Verwirrung ansehnlich noch an. Gegenüber Meldungen, daß Ruhe und Ordnung allmählich wieder zurückkehren, wird von deutschen ober-schlesischen Organen immer noch behauptet, daß die Polen ihr Ziel einer gewaltsamen Beherrschung wichtiger ober-schlesischer Plätze noch nicht aufgegeben haben. Die Stadt Pleß soll von den Polen besetzt worden sein, Rybnitz sei vollständig von den Polen umzingelt und auch an anderen Stellen zeigten sich bewaffnete polnische Banden, sodaß mit weiteren Zusammenstößen gerechnet werden mußte. Die vereinigten Verbände heimatsstreuer Oberschlesier haben an den Reichslandtag eine Eingabe gerichtet, in der sie vor jedem Optimismus als gefährlich und unberechtigt warnen. Die deutsch gesinnte Bevölkerung sei völlig schutzlos und der Haß der bewaffneten polnischen Banden richte sich ganz besonders gegen die deutschen Organisationen. Die deutschen Kreise beklagen für Oberschlesien das Schicksal Polens und erwarten von der Reichsregierung Rettung.

Zu diesen Sorgen um deutsches Land an unserer Ostmar kommen die beunruhigenden — von den einen als Nebenwirkungen, von den anderen als Erscheinungen symptomatischer Art ausgelegten — Vorgänge in Mitteldeutschland und an der Ruhr. Bewaffnete Banden bringen in eine Kleinstadt ein, reisen die Bevölkerung an sich, plündern und rauben oder wie sie es nennen: requirieren, setzen die ordnungsmäßige Verwaltung ab und rufen eine Räuberpublik aus. Ihre Herrschaft war zwar immer nur von kurzer Dauer, aber Unruhe und Unordnung wird so doch in wachsendem Maße geschaffen. In Berlin wird seit fast acht Tagen von Eisenbahnern unter radikalem Einfluß der Arbeitertransports von Waffen und Munition für die Sicherheitspolizei in Ostpreußen verhindert, obwohl über den Verwendungszweck und den Bestimmungsort der Transporte wachsender Zweifel nicht mehr bestehen können. Die deutschen Eisenbahner haben wie jeder andere Staatsbürger nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, aber die strenge Durchführung der von der deutschen Reichsregierung proklamierten Neutralität in dem Kampf zwischen Polen und Russen zu wachen. Gerade ihnen ist dabei eine wichtige Aufgabe zugefallen, aber in der Erfüllung dieser Aufgabe darf nicht Willkür und Eigenmächtigkeit einzelner Betriebsräte den geordneten Verkehr lähmen. Unbedachte Übergriffe gegen nach dem Friedensvertrag berechnete Transporte der Entente haben bereits zu ersten Vorstellungen der Reichsregierung geführt und haben die Leiter unserer auswärtigen Politik zu vorsichtiger Umsicht bei den Entscheidungen veranlaßt. Nur kalte, ansehnend gewählte Betriebsräte den Zeitgeist für gekommen, eine über alles berechnete Maß hinausgehende allgemeine Verkehrsblockade einzuführen. Die deutsche Staatsregierung ist den Eisenbahnern weit

entgegengekommen. Die Reichsregierung — und das ist in der Kabinettsitzung zum Ausdruck gelangt — ist nicht gewillt, den Forderungen der Eisenbahner noch weiter nachzugeben, weil sonst die Gefahr entsteht, daß der Reichsregierung das Verfügungsrecht über die Transportwege völlig entzogen wird.

Schwer wird uns der Wiederaufbau gemacht. Das wirtschaftliche Leben steht in erschreckendem Maße. Mehrten sich nun weiter die absichtlichen, aus politischen Erwägungen entspringenden Betriebsstörungen, häufen sich Unbedachtsamkeiten und Willkürakte, dann wird das Chaos nur noch größer. Darum ist es die Pflicht der Regierung, solchen Übergriffen, ganz gleich von welcher Seite sie kommen, mit allem Nachdruck und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. F. R.

Aufruf des Reichspräsidenten.

Berlin, 25. August.

Der Reichspräsident erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Das Gesetz über die Entwaffnung ist in Kraft getreten. Die erforderlichen ersten Ausführungsvorschriften sind mit Zustimmung des Reichstags-Beirates festgesetzt. Geboten ist es jetzt, das deutsche Volk auf die Schwere des Gesetzes hinzuweisen. Die Verpflichtungen, die wir durch den Friedensvertrag und die Vereinbarungen von Spa übernehmen mußten, verlangen das Entwaffnungsgesetz. Unübersehbar sind die Folgen, wenn die Entwaffnung nicht gelingt. An alle Volksgenossen geht die Anforderung, die Waffen herauszugeben. Wer sein Vaterland nicht neuerlich infolge der Nichterfüllung des Friedensvertrages in schwere Gefahren stürzen will, darf sich der Forderung der Waffenabgabe nicht entziehen. Die Befolgung der Vorschriften, die zur Durchführung der Waffenabgabe erlassen worden sind, ist gebieterische Notwendigkeit. Die Entwaffnung der Bevölkerung ist für uns Zwang und gleichzeitig Lebensfrage. Die Waffenabgabe wird gleichmäßig und unparteiisch gegen jeden durchgeführt, mag er in seiner politischen Anschauung rechts oder links stehen. Wer säumig ist und widerwillig bleibt, den muß die schwere Strafe des uns in Spa abgeforderten schweren Gesetzes treffen. Wir müssen durch die Tat auch hier den festen Willen zur Erfüllung der übernommenen Pflichten beweisen; sonst drohen uns neue schwere Belastungen, die unser gesamtes Wirtschaftsleben vernichten würden.

Berlin, den 21. August 1920.

Der Reichspräsident: Ebert.

Der Reichslandtagspräsident: Fehrenbach.

Die Entwaffnungsaktion.

Der Reichslandtagspräsident für die Entwaffnung, Dr. Peters, hat der Presse eingehende Darlegungen über die bevorstehende Entwaffnungsaktion gemacht. Aus ihnen geht hervor, daß als Termin für die freiwillige Ablieferung der Waffen die Zeit vom 1. September bis 1. November vorgegeben ist. Auf rechtzeitige Ablieferung sollen recht beträchtliche Prämien gesetzt werden. Es besteht für jeden Deutschen Anzeigepflicht über ihm bekannt gewordene Waffen- und Munitionslager. Ablieferungsstellen sind die Gemeinden, ohne daß dadurch die Freiwilligkeit der Ablieferung irgendwie beeinträchtigt wird. Der Entwaffnungskommission ist gefonnen, die Abgabe mit größter Objektivität nach Recht und Pflicht durchzuführen.

Die Unruhen in Oberschlesien.

Ämtlich wird mitgeteilt: Die Lage in Oberschlesien hat sich in keiner Weise gebessert. Die Kreise Katowitz, Hindenburg, Beuthen, Tarnowitz, Pleß und Rybnitz sind in den Händen der polnischen Insurgenten. Deutsche Enklaven sind lediglich nur die Städte. Das ganze Land ist überfüllt von polnischen Banden.

Die Polen haben in den von ihnen besetzten Gebieten eine Art Selbstverwaltung eingerichtet. Die Bildung der Ortschaftsverbände, die von Polen sowohl als Deutschen zusammengefaßt werden sollen, macht in einigen Orten Schwierigkeiten, weil die Polen die Mehrheit in diesen Verbänden verlangen. Andererseits wünscht man von deutscher Seite nicht, daß dort Waffen an die Polen abgegeben würden, weil dadurch die Sicherheit der Deutschen erst recht ernstlich in Frage gestellt würde.

In Katowitz Stadt und Land ist unter dem Vorsitz des französischen Hauptmannes Pelanne eine Qualifikationskommission, bestehend aus drei Deutschen und drei Polen gebildet worden, die die Organisation der Bürgerwehren in Angriff nehmen soll. Die Zusammenfassung dieser Bürgerwehren soll nach der Stärke der Neutralitäten auf Grund der letzten Gemeindevahlen erfolgen.

Wie der Berliner „Volksanzeiger“ aus Rybnitz meldet, hat der italienische Oberst Pesenti den Polen im Landkreise Rybnitz ein Ultimatum an Ablieferung der Waffen zugehen lassen, widrigenfalls er sich gezwungen sehen würde, die allerhöchsten Maßnahmen gegen die polnischen bewaffneten Banden zu ergreifen. Die Gewerkschaften und die Parteiführer der Sozialdemokratie

und der Unabhängigen in Katowitz geben eine gemeinsame aufgestellte authentische Darstellung der Ereignisse in Oberschlesien, in der gesagt wird: Allen Vorgängen lag nichts anderes zugrunde als der einfache Wille zur unbedingten Neutralität und zur Erhaltung von Ruhe und Frieden im Lande. Die Tatsache, daß überall dort, wo bei den Demonstrationen kein Militär aufgeboten wurde, deren Verlauf ruhig war, liefern den Beweis, daß keine deutsche Organisation Aufschubabsichten im Schilde führte. Nach Zeitungsmeldungen aus Myslowitz sind die polnischen Banden immer noch bewaffnet und drangsalieren die deutsche Bevölkerung. In Soldau sollen die Polen ein wahres Schreckensregiment führen.

Die Sicherheitspolizei.

Von zuständiger Berliner Seite wird mitgeteilt: In den schweren Stunden, die die Bevölkerung Oberschlesiens unter dem Druck strecher Insurgenten in der letzten Woche durchlebte, hat sich die unschätzbare Pflichterfüllung der Sicherheitspolizei im Kampf für die Aufrechterhaltung der Ordnung neuerlich bewährt. Mit ungenügender Bewaffnung und an Zahl dem Gegner weit unterlegen, ist sie überall den aufständischen Banden unerschrocken entgegengetreten. Gegen erdrückende Übermacht und ohne Hoffnung auf nachhaltige Unterstützung hielt sie auf dem verlorenen Posten bis zum letzten Schuß stand und besiegte ihre Pflichterfüllung mit Opfern an Gut und Blut. Der Minister des Innern weiß sich eins mit der ober-schlesischen Bevölkerung im Gefühl des Dankes für den Opfermut, den die Sicherheitspolizei bewiesen hat. Es wird nichts unterlassen, um für den nachdrücklichen Schutz der tapferen Beamten einzutreten.

Der russisch-polnische Krieg.

Die Russische Niederlage.

Warschauer zuständige Stellen teilen mit, daß die polnischen Truppen im Raum von Błotaw einen großen Sieg über die weichenenden Russen errangen und hierbei über 130 Geschütze erbeuteten. An diesem Kampf hatten auf polnischer Seite sogar Train- und Kavalleriemannschaften beteiligt. Die Truppen des Generals Zi-belski haben das links des Bug liegende Gebiet von den Russen gesäubert und die Städte Hrubiszow und Horodok erobert. Desjlich von Lemberg dauert der Rückzug der Russen an. Die Russen haben Kamionka und Strumilowa am oberen Bug erreicht.

Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Warschau dauere die polnische Offensive auf der ganzen Front mit wachsendem Erfolg an. Man nimmt an, daß 6 bis 8 bolschewistische Divisionen vollständig vernichtet und 8 weitere zur Hälfte geschlagen sind. Die Zahl der Gefangenen beläuft sich auf ungefähr 40 000. Nur die 4. und 14. Rote Armee sind imstande, weiter zu kämpfen. Die vierte Armee, die mit ihrer Spitze gegen Warschau vorgedrückt war, zieht sich rasch zurück, um nicht abge schnitten zu werden. Das bolschewistische Oberkommando hat den Truppen, die noch bei Lomża stehen, den Befehl gegeben, um jeden Preis standzuhalten, damit der Rote Armee die Möglichkeit des Rückzugs offen bleibt.

Die Verhandlungen in Minsk.

Die polnischen Friedensdelegierten haben in Minsk erklärt, daß Polen nur jene Gebiete beanspruche, die von einer überwiegend polnischen Bevölkerung bewohnt sind. Die übrigen Teile des Königreichs Polen sollen das Selbstbestimmungsrecht erhalten.

Mäßigere Bedingungen.

Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ in Warschau meldet, daß die russischen Delegierten in Minsk mit Rücksicht auf die Erfolge der Polen gemäßigtere Friedensbedingungen stellen.

Entwaffnung und Internierung.

Die Zahl der nach Ostpreußen überreitenden Russen mehren sich fortwährend. Unter den letzten Übergetretenen befindet sich auch ein ganzer Brigadeführer. Ihre Entwaffnung ging bisher in voller Ruhe und Ordnung vor sich. Die entwaffneten Truppen sind gezwungen, auf freiem Feld zu kampieren, da es an Unterkunftsmöglichkeit für die Massen fehlt. Die Zahl der zur Verfügung stehenden deutschen Sicherheitsmannschaften ist außerordentlich gering. Die durch den massenhaften Übertritt hervorgerufene Situation kann deshalb unter Umständen sehr bedenklich werden, wenn die Entente nicht bald die beantragte Tonnage zum Abtransport bereitstellt. Der Oberpräsident von Ostpreußen hat sich entschlossen, die neu gebildete Ostwehr aufzurufen, damit sie den Sicherheitsmannschaften bei der Entwaffnung zur Seite steht.

Der Verbündete der Russen.

In einer Besprechung der russischen Niederlage heißt es in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: In der Stunde seiner Not kann der Bolschewismus mit vollster Sicherheit auf einen Verbündeten zählen, auf den russischen Winter. Keiner seiner Gegner wird sich deshalb zu einer drohenden Gefahr für Moskau gestalten können.

Die Neutralität Danzigs.

In Kritiken zur Beigerung Danzigs, die Landung von Munitionsendungen in Danzig nicht zu gestatten, treten die englischen Mächte den französischen Aufschuldigungen, daß Danzig unrecht gehandelt habe, entgegen. Sie legen dar, daß Danzig sich einer ersten praktischen Probe

gegenüber gesehen habe. Die deutschen Selbstschaffen
sich gegen jede Forderung von Munitio n gewesen. Jeder
Versuch, Munitionsendungen durch polnische Arbeiter ent-
scheiden zu lassen, würde zu einem Blutbade geführt haben.

Die Neutralität Belgiens.

Der Rabinetsrat hat beschlossen, seinen Entschluß
in der polnischen Angelegenheit nicht abzuändern, solange
nicht bestätigt ist, daß die Souveränität Polens, die durch
den Vertrag von Versailles garantiert worden ist, durch
die Friedensbedingungen der Russen in Gefahr gerät.

Amerikanische Vorstellungen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Polen
durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in
Warschau informell Vorstellungen gemacht, in denen Po-
len davor gewarnt wird, seinen Heeren zu gestatten, bei
der Gegenoffensive die ethnographischen Grenzen Polens
zu überschreiten.

Völschewistische Mordtat.

Nach einem Telegramm des Bevollmächtigten der
ungarischen Regierung in Warschau wurde der ungarische
Oberleutnant Timor Kovats, Kommandeur der Auf-
nahmestation für ungarische Kriegsgefangene in Plosko-
row am 6. Juli bei der Bahnstation Czarny-Ostrow von
den Völschewisten ermordet. Die ungarische Regierung
wandelte sich an den Warschauer Vertreter des internatio-
nalen Roten Kreuzes, um durch seine Vermittlung von
der Sowjetregierung Genehmigung zu verlangen.

Ein neuer Sieg Wrangels.

General Wrangel hat einen weiteren großen Er-
folg zu verzeichnen, indem er über 1000 Gefangene machte
und 34 Geschütze und 100 Maschinengewehre erbeutete.
Das ganze Gebiet links des Dnepr ist jetzt vom Feinde
frei. Die Offensiv der in der Gegend des Don gelan-
den russischen Truppen schreitet erfolgreich vorwärts.

Das Saargebiet.

Eine deutsche Note.

Berlin, 24. August.

Innerhalb der internationalen Kommission, die mit
der Abgrenzung des Saargebietes betraut ist, kam es be-
kanntlich vor einiger Zeit zu Meinungsverschiedenheiten
zwischen dem deutschen Vertreter und den übrigen Mit-
gliedern. Die Kommission wollte die als Grenzen des
Saargebietes bestimmten Verwaltungsgrenzen abändern. In-
struktiongemäß erklärte der deutsche Kommissar dies für
unzulässig und lehnte eine Beteiligung an der Beschluß-
fassung ab. Es entspann sich sodann, wie wir hören, ein
langer Notenwechsel über die Angelegenheit. Die Mit-
glieder verlangten von Deutschland, daß es seinen Vertre-
ter anweise, eine Veränderung der Verwaltungsgrenzen als
zulässig anzuerkennen, und führten dabei aus, der deutsche
Kommissar habe anfänglich denselben Standpunkt einge-
nommen wie die übrigen Kommissare und seine Meinung
erst später geändert. Die deutsche Regierung übergab da-
rauf der Friedenskonferenz Anfang Juni eine ausführliche
Note, worin sie sich der Rechtsauffassung ihres Vertreters
in jeder Hinsicht angeschlossen und hervorhob, daß sie nach ge-
nauer Prüfung keinen der gegen den deutschen Kommissar
erhobenen Vorwürfe als begründet anerkennen könne. In
einer Ende Juli eingegangenen weiteren Note führte sie
aus, daß die Grenzen von Verwaltungsbezirken unzmög-
lich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt wer-
den könnten. Die Maßnahme auf die östlichen und
wirtschaftlichen Interessen machte geringfügige Änderungen
erforderlich; solche Änderungen seien durch den Friedens-
vertrag keineswegs verboten. Im übrigen wird in der
Note der Vorwurf widersprüchlichen Verhaltens gegen
den deutschen Kommissar wiederholt, und am Schluß er-
klärt, wenn die deutsche Regierung nicht für die baldige
Wiederaufnahme der unterbrochenen Abgrenzungsarbeiten
sorge, würden sich die Alliierten genötigt sehen, diese Ar-
beiten durch ihre Kommissare weiterführen zu lassen. Die
Note erwähnt ferner, daß die deutschen Mitglieder der
Grenzkommission im Gegensatz zu denen der alliierten
Mächte keine Uniform tragen dürfen.

Diese Note hat die deutsche Regierung vor kurzem be-
antwortet. In der deutschen Antwort wird bargelegt, daß
in Artikel 48 des Friedensvertrages eine Berücksichtigung
österreichischer Interessen nur für solche Teile der Grenze
zugelassen sei, die als die im Gelände festzulegende Li-
nie bezeichnet worden sei. Hieraus und aus einem Ver-
gleich mit den anderen Bestimmungen des Vertrages folge,
daß eine Veränderung der durch die Verwaltungsgrenzen ge-
bildeten Grenzabschnitte unzulässig sei. In solchen Ver-
änderungen liege auch keine Notwendigkeit vor; wenn öst-
liche Interessen zu berücksichtigen seien, so geschehe dies
besser durch ein Abkommen über den Grenzverkehr als durch

eine Grenzverschiebung. Im übrigen wünsche gerade an
der Stelle, wo die Grenzkommission eine Grenzänderung
vornehmen wolle, die beteiligte Bevölkerung selbst eine
Änderung nicht. Die gegen den deutschen Kommissar er-
hobenen Vorwürfe erklärt die deutsche Regierung auch nach
erneuter Prüfung für unbegründet. Die deutsche Note
fährt sodann fort: Die deutsche Regierung muß ihre
Rechtsüberzeugung, wonach die Vorschlag der alliierten
Mächte die Möglichkeit in sich schließt, deutsches Gebiet
über das im Friedensvertrag bestimmte Maß hinaus einer
fremden Regierung zu unterstellen, aufrechterhalten. Die-
ser Überzeugung entsprechend ist sie nicht in der Lage,
ihren Kommissar anzuweisen, daß er eine Änderung von
Verwaltungsgrenzen als zulässig anerkenne, schon weil
sie ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zur
Erfüllung einer solchen Instruktion nicht befugt sein würde.
Sie bittet, die Angelegenheit einer neuen Prüfung zu un-
terziehen. Sollten die alliierten Mächte sich der Auffas-
sung der deutschen Regierung nicht anschließen zu können
glauben, so würde sie die zweckmäßigste Lösung darin er-
blicken, daß die Entscheidung der Streitfrage einem Schieds-
gericht übertragen wird. Im Anschluß hieran erklärt sich
die deutsche Regierung bereit, ihren Kommissar zur sofor-
tigen Wiederaufnahme der Arbeiten anzuweisen unter Vor-
behalt der Entscheidung des Schiedsgerichts. Schließlich
erneut die deutsche Regierung ihren Protest gegen das dem
durch nichts gerechtfertigten Grundsatz der Gleichberechti-
gung aller Mitglieder einer internationalen Kommission
widersprechende Verbot des Uniformtragens für die deut-
schen Mitglieder der Grenzkommission.

Zur Tagesgeschichte.

Vergarbeiter-Forderungen.

Die Vergarbeiterverbände haben den Lohnstarif
im Ruhrbergbau gekündigt und fordern eine Lohn-
erhöhung von 8 M. pro Schicht für Untertagearbeiter und
65 M. pro Stunde für Ubertagearbeiter. Auch die An-
gestelltenorganisationen haben den Lohnstarif zum 31. Aug.
gekündigt.

Die Siedlung.

Der Pressedienst des preussischen Ministeriums für
Landwirtschaft, Domänen und Forsten gibt bekannt: Trotz
aller einer großzügigen Siedlungspolitik in der Praxis ent-
gegenstehenden Schwierigkeiten ist das preussische Land-
wirtschaftsministerium umzusetzen bemüht, das drin-
gender Bedenken der Siedlungsbedürfnisse weitgehend zu
befriedigen. Es ist insbesondere, daß bei der Beschaffung der
Neubauten und der Beschaffung von Inventar vorkommenden
Erschwernissen es sich im Augenblicke vorwiegend darum
handelt, muß, erforderliche Flächen von größeren Gütern
im Wege der (Anleihe-) Parzellierung an kleinere Be-
sitzer abzugeben. Die Bemühungen sind nicht ohne Er-
folge gewesen: Bis Ende 1918 wurden für die Anlieger-
siedlungen 208 000 preussische Morgen vergeben und zwar
aus Domänenbesitz in Eigentum und Pacht 16 000 Hektar,
aus Forstbesitz in Eigentum 4000 Hektar, aus Forstbesitz
in Pacht 2000 Hektar, aus Privatbesitz 30 000 Hektar.
Vornehmlich in Schlesien ist es gelungen, auf dem Gebiete
der Anliegersiedlungen beachtenswerte Fortschritte zu er-
zielen. Nach dem Stande vom 30. Juni wurden im Be-
reiche des Landesökonomik-Präsidenten Breslau, d. h.
in den Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien, ins-
gesamt Kaufverträge über 3826,13 Hektar und Pachtver-
träge über 8546,27 Hektar abgeschlossen, während aus-
geführt sind Kaufverträge über 3189,27 Hektar und Pacht-
verträge über 7899,60 Hektar. Im ganzen kamen in
Schlesien bislang zusammen: 294 Kaufverträge mit 5199
Hektar und 1089 Pachtverträge mit 2989 Hektar. Die
preussische landwirtschaftliche Verwaltung hat außerdem
auf Erträgen des Reiches mit der Kolonialverwaltung in
Truppenlagern und fiskalischen Mooren begonnen, auch hier
sind die Arbeiten in vollem Gange.

Die Unabhängigkeit Ägyptens.

Die „Times“ gibt Aufklärung über die Bedingungen,
die zwischen Lord Milner und Saad Zaghal Pascha ver-
einbart worden sind. Hiernach wird England die Inte-
grität Ägyptens gegen jeden fremden Angriff sicher stellen.
Dagegen aber muß Ägypten England im Mittel eine be-
vorzugte Stellung einräumen und im Falle eines Krie-
ges ihm jede Erleichterung zum Eindringen auf ägypti-
sches Gebiet geben. England wird eine Garnison in
Ägypten in der Kanalzone unterhalten, deren Basis Je-
denfalls Kantara wird. Ägypten soll seine ausländischen
Beziehungen selbst leiten unter der Bedingung, daß es
keine Verträge abschließt, die sich nicht mit der englischen
Politik vertragen. Ägypten wird auch das Recht haben,
diplomatische Vertreter im Ausland zu halten, jedoch wür-
den sie wahrscheinlich gegenwärtig auf die Länder be-
schränkt bleiben, in denen Ägypten Handelsinteressen habe.

Die Kapitulationen werden ausgedehnt und die Komman-
der der Gefangenen über die Ausländer dem Oberkommando
übertragen. Das Abkommen, das getroffen werden soll,
soll vom englischen Parlament und von der ägyptischen
Nationalversammlung ratifiziert werden.

Allerlei Nachrichten.

Ueberfall eines Eisenbahnzuges.

Nach Nachrichten aus Haifa sind bei dem An-
auf den Eisenbahnzug zwischen Herbet und Chazach
Jinneminnist Abd-El-Bacha-Abu-Bi, ein französi-
scher und ein arabischer Offizier, sowie ein französischer
Geistlicher und mehrere Soldaten getötet worden. Gegen
die drei Dörfer, die für das Attentat verantwortlich sind,
ist eine Strafexpedition unterwegs.

Serbisch-Albanische Kämpfe.

Wie der „Temp“ berichtet, haben die Albaner bei
Tirana einen Sieg über die serbischen Truppen errungen.
Die Serben sollen 2000 Mann, mehrere Geschütze und
zahlreiche Maschinengewehre eingebüßt haben. Die Regie-
rung von Tirana hat ihren Truppen den Auftrag erteilt,
die im Jahre 1913 festgesetzte Demarkationslinie nicht zu
überschreiten, da die Regierung die Antwort auf eine nach
Belgrad gerichtete Note abwarten wolle.

Aus dem besetzten Gebiet.

Minister Koch über seine Reise.

Berlin, 24. August.

In der heutigen Kabinettsitzung berichtete
der Reichsminister des Innern Koch über seine Reise
ins besetzte Gebiet. Er hob hervor, daß sich in
zahlreichen Besprechungen mit den Angehörigen aller Ver-
seien und Bevölkerungsschichten die kraftvolle Entschieden-
heit ergab, womit die Bevölkerung an dem Reich
festhalte. Durch bewußte und tendenziöse Propaganda
die Bevölkerung auf ihre nationalen Pflichten hinzuwirken
sei ungewinnlich und werde von allen Kreisen und Ver-
teilen des besetzten Gebietes entschieden abgelehnt. Dage-
gen sei es von der größten Bedeutung, die hohe kulturelle
strebende deutsche Kultur des Rheinlandes zu fördern und
dadurch den Zusammenhalt des Rheinlandes mit der deut-
schen Kultur zu stärken. Ueber die Wege habe er sich mit
den Führern des Bildungswesens, der Kunst, des Sports
und der Jugendpflege eingehend besprochen. Ferner in
eine Reihe wirtschaftlicher Besprechungen, die dem Reichs-
minister gegenüber geltend gemacht wurden, den zula-
ssigen Ministerien zur Berücksichtigung überwiesen worden.
Endlich wurden die durch die starke Befestigung des Rhe-
landes hervorgerufenen Beschwerden und alle darüber mit
der internationalen Kommission geführten Verhandlungen
des Reichsministers erörtert.

Der Reichsminister des Innern äußerte sein Bedauern
darüber, daß sich die deutschen Touristen von Wandera-
gen am Rhein abhalten ließen. Es sei erwünscht, daß die
deutschen Touristen so viel wie möglich am Rhein wä-
ren. Auch sei es wünschenswert, so häufig wie möglich
Kongresse und Versammlungen in rheinische Städte zu
legen.

Gegen höhere Schuhpreise.

Der Verband Deutscher Schuhwarenhandlender er-
stalt einen Protest gegen die Schuhpreiserhöhung an alle an
der Schuhherzeugung und deren Vertrieb beteiligten Ge-
werbszweige. Es heißt da:

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Preis-
für die zur Erzeugung notwendigen Rohstoffe und Ver-
fabrikate eine steigende Richtung einzuschlagen be-
ginnen, wodurch die Schuhwarenpreise anlaß der erwar-
teten Senkung eine weitere Steigerung erfahren müßten.
Als berufene Vertretung des organisierten Schuhhandels
erklären wir hiermit öffentlich, daß die Kaufkraft der
breiten Schichten der Verbraucher für etwaige weiteran-
dehnde Schuhpreise nicht ausreicht. Die allgemeine
Erschöpfung der Kaufkraft des Publikums hat mit
Recht allenthalben Bestrebungen geweckt, die Preis-
hoch nicht zu senken, als es infolge der letzten wirt-
schaftlichen Entwicklung der Fall war. Wie die Vorgänge der
letzten Zeit gezeigt haben, wird vor allem der Kleinver-
braucher von dem Käufer für die Preissteigerung verantwor-
lich gemacht. Diese irrtümliche Auffassung hat sich besonders
in letzter Zeit sogar in Wanderrufen der Raben und ge-
woissamen Preisdarben geäußert. Als die Vertretung der
von weiteren Preissteigerungen in erster Reihe gefah-
deten Stände müßten wir daher unsere warnende Stim-
me erheben und hiermit öffentlich erklären, daß der Schuh-
handel fest entschlossen ist, weiteren Preissteigerungen für
Schuhwaren den größten Widerstand entgegenzusetzen. Er
fordert hiermit aber auch alle an der Herstellung und dem

Contessa Iolandas seltsame Heirat.

Ein Roman aus der römischen Gesellschaft.
Von A. Boettcher.

41, (Nachdruck verboten.)

Sie lächelt über seinen Eifer.
„Wenn ich Weintrauben haben könnte —“
„Alles ist in der Welt ist zu haben, man muß nur
wissen, wie und wo!“ lautet die heitere Entgegnung.
„Ich bin sofort wieder zurück!“
Und schon eilt der Fürst davon.

Iolanda ist froh, ein paar Augenblicke allein zu
sein. Die auf sie einströmenden Gedanken verwirren
sie fast. Immer wieder kommen ihr die Worte der
Mutter in den Sinn: „Wenn Du ihn nicht heiraten
wirst, so ermutigt ihn auch nicht!“

Daß sie ihn nicht ermutigt? Daß es nicht jetzt
noch — angesichts der ganzen römischen Gesellschaft,
deren neugierige Blicke deutlich sagen: „An dem Ge-
richt scheint doch etwas Wahres zu sein...“ Ah,
bäh! Später wird sie darüber nachdenken. Vorläufig
will sie nur der hochmütigen Herzogin Ludovisi ze-
igen, daß —

Ein Schatten, der plötzlich vor ihr auf den son-
nenbeschienenen Rasen fällt, führt sie in ihrem Ge-
dankengang.

Sie blickt auf und gewahrt den Grafen San Mar-
tino am Eingang des Zeltes.

„Sie erlauben?“

Und ohne eine Antwort abzuwarten, tritt er auch
schon ein.

Schweigend wendet Iolanda ihm ihr hochmütig
verwundertes Gesicht zu.

„Contessa Millesiore,“ beginnt er ernst, und etwas
wie mühsam zurückgehaltene Erregung zittert in sei-
ner Stimme nach — „als wir damals in Unfrieden
voneinander schieden, war ich heftig — vielleicht auch
hart und ungerecht. Es tut mir leid. Sprechen Sie
ein freundliches Wort, daß auch Sie bedauern —“

Vielleicht hätte sie ein andermal diese einfache
Bitte erfüllt. Durch die Sticheleien der Herzogin Lu-
dovisi selbst, nicht nur gegen Silvia, sondern auch gegen den Grafen San
Martino.

„Entschuldigen Sie, Signore —“ entgegnet sie
eifrig, den Kopf in den Nacken werfend — „ich spüre
wirklich nicht die mindeste Lust, auf jene unerquid-
liche Angelegenheit noch einmal zurückzukommen.“

„Sie wissen nicht, was für Sie davon abhängt,
Contessa,“ drängt er in leidenschaftlicher Erregung.
„Ich habe Sie geliebt — geliebt, wie nur wenige
Männer das Weib ihrer Sehnsucht lieben. Um die-
ser früheren Liebe willen überwinde ich meinen Stolz
und bitte Sie nochmals — zum letztenmal — um ein
Wort des Bedauerns für den Schmerz, den Sie mir
damals —“

Sie unterbricht ihn durch eine unnütze Weide-
gung.

„Ich begreife Sie nicht. Warum verfolgen Sie
mich? Ich wiederhole: Ich habe Ihnen nichts zu sagen.“

Starrer und starrer werden seine soeben noch so
fließend erregten Züge. Den Blick fester auf das spöttisch
lächelnde Gesicht der schönen Frau vor ihm gerichtet,
nimmt er die blutrote Granatblüte aus seinem Knop-
floch und zerpfückt sie mit den Fingern — langsam,
grausam, in feinerer Ruhe, wie ein Fenster.

Dann wendet er sich zum Gehen.

„Leben Sie wohl, Contessa! Was nun auch kom-
men mag — vergessen Sie nicht: ich hatte im letzten

Augenblick Ihr Schicksal noch in Ihre eigenen Hände
gelegt.“

Hart und kalt klingt seine Stimme, voll feier-
lichem Ernst. Wie die unbarmherzige Stimme des
Richters, die dem Verbrecher sein Todesurteil ver-
kündet.

Iolanda antwortet nicht. Wie hypnotisiert starrt
sie auf die zerpfückten roten Blütenblätter zu ihren
Füßen, die wie Riesenblutstropfen aus dem weissen
Sande zu ihr emporleuchten.

Sie bemerkt nicht, wie am Velleingang der Groß-
pöblich dem Fürsten gegenübersteht. Bemerkte auch
nicht, wie Fürst Baracca die Augenbrauen fragend
in die Höhe zieht und wie der andere durch ein kaum
merkliches Reigen des Hauptes diese stumme Frage
bejaht.

Erst, als der Fürst rasch auf sie zutritt, eine Platte
herrlichster blauer Weintrauben in der Hand — blickt
sie zusammenfassend auf.

„Ich fürchte schon, Sie würden über mein lan-
ges Ausbleiben zürnen, Contessa,“ bemerkt er in leichtem
Konversationston. „Hätte ich gewußt, daß Graf
San Martino Sie während meiner Abwesenheit un-
terzieht —“

Ungebuldig wehrt sie ab.

„Lassen Sie mich mit dem Herrn in Ruhe! Ich will
nichts mehr von ihm hören! Nie mehr!“

„Ich bin ja schon ruhig,“ lächelt er begütigend.
„Sie können alles mit mir anfangen, was Sie wollen.“
Contessa. Sehen Sie: Sie haben mir verboten, hier
die Frage an Sie zu stellen, von der mein Lebensglück
abhängt. Nun wohl — ich beuge mich Ihrem Wunsch.
Aber ich werde Sie in Ihrem Wagen nach Hause be-
gleiten und —“

„— und der Welt ein ergötzliches Schauspiel bie-
ten. Ich danke!“

(Fortsetzung folgt.)

der Schuhwaren beteiligten Kreise auf, gleich-
zeitig höherer Preise und den von ihm da-
mit verbundenen Druck auf eine Preislenkung auch
auf die Hersteller zu übertragen.
Nach der Bund Deutscher Schuhmacherinnungen nahm
auf seinem Verbandstag Stellung zu den Preisen und
wies die fürchterliche Wirkung der sinnlosen Preistre-
cke auf dem Ledermarkt auf das tiefste. Es liege im
Interesse der gesamten Bevölkerung und des
Schuhmacher-Handwerks, wenn auf dem Schuhe- und Le-
dermarkt rasch ein dauernder Preisstand herbeigeführt
würde.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Neue Experimente mit dem Brot? Wie ver-
mehrt, beschäftigen die Ernährungsbehörden im kom-
menden Wirtschaftsjahr eine planmäßige Erhebung des
Brotpreises durch Zufuhr eines mäßigen Prozentsatzes von
zusätzlichen Haserflocken. Unter Berücksichtigung des
Umstandes, daß unsere heimische Ernte nicht ausreicht, um
die volle Versorgung der Bevölkerung mit Brot aus Wei-
zen und Roggen zu gewährleisten, ist dieser Schritt der
Ernährungsbehörde nur zu begrüßen. Die Heranziehung
des Hasers zur Brotbereitung ist ganz besonders infolge
der Verhältnisse, als diese Getreideart in Deutschland in
zunehmender Menge erzeugt wird. Nachversuche mit Ha-
serflocken haben außerordentlich günstige Resultate er-
geben. Infolge des hohen Nährgehalts der Flocken wird im
Vergleich zu den bisher verwendeten mancherlei anderen
Zusatzmitteln eine Qualitäts- und Geschmacksverbesserung
des Brotes erzielt, auf die ganz besonders hingewir-
ten werden soll. Die außerordentlich schlechten Resultate,
welche man mit Haserflocken, wie es in den letz-
ten Monaten verwendet worden ist, erzielt hat, sind bei
der Verwendung von Haserflocken ausgeschlossen, da es
sich bei diesem Produkt um ein in Spezialfabriken herge-
stelltes, aufgeschlossenes Nahrungsmittel von hervorragender
Qualität handelt. Wenn sich der Zusatz von Haserflocken zum
Brotmehl bewirkt, könnte eine riesige Summe
dem Reich erspart werden, weil dann entsprechend
weniger Weizen aus dem Ausland eingeführt werden
müßte. In Frankreich wird die Ertragskraft auf ungefähr
eine Milliarde Mark beziffert. — So schreibt die Ha-
serflocken-Fabrik, G. m. b. H., der wir die Verantwortung
für die Richtigkeit der vorstehenden Ausführungen
übernehmen müssen.

Die teuren Fahrpreise zwingen insbesondere
den Mittelstand, eine niedrigere Klasse, meist die dritte,
auf ihren Reisen zu benutzen. Die dadurch ersetzte Er-
tragskraft wird aber, besonders bei weiteren Reisen, dadurch
vermindert, daß die Fahrt in der dritten Klasse meist
unverhältnismäßig lange Zeit in Anspruch nimmt. Die
hohen hohen Reiseflohen zwingen oft die Ertragskraft
zu Nachdenken. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die
vierte Klasse besonders auch in die beschleunigten Ver-
kehrswege aufgenommen würde, die über weite Strecken
verfügen. Vielleicht läßt es sich auch ermöglichen, ein-
zelne Schnellzüge in beschleunigte Personenzüge mit vier-
ter Klasse umzuwandeln, wie dies zum Teil schon ge-
schehen ist. Jedenfalls müßte in alle beschleunigten Ver-
kehrswege die vierte Klasse einbezogen werden.

Es herrscht.

Deßau, 26. Aug. Obgleich wir kaltenmäßig
seit vom Beginn des Herbstes entfernt kühler, macht
keine Kälte doch schon recht bemerkbar. Die Wärme
schonlich gesunken, was wohl in der Hauptsache auf
die Wetter, die sich Ende der abgelaufenen Woche in
verschiedenen Gegenden des Reiches entladen haben, zurück-
zuführen ist. Bei solchem Wetter nimmt das beginnende
Herbstes das Laub, das man mit Begeisterung überall beo-
achten kann, schnell zu. Aber trotz alledem dürfen wir
hoffen, daß uns der Herbst noch eine Reihe schöner Tage
bringt.

Kath. Arbeiter-Sekretariat.

Deßau, 26. Aug. Die für Mittwoch vorgesehene
Sitzung des Arbeiter-Sekretariats ist auf Samstag, den
30. August, nachmittags von 4 bis 6 Uhr verlegt worden.
Ort: Wirtschaft Kuhn.

Stadtverordnetenversammlung.

Elstville, 26. Aug. In der letzten Stadtverord-
neterversammlung wurde die Aufnahme einer Anleihe von
10 Millionen Mark zur Deckung der Betriebsmittel für
die städtische Wasserwerke beschlossen.

Ausflug.

Elstville, 26. Aug. Am kommenden Sonntag,
den 27. Aug., unternimmt der Männergesangsverein „Kon-
stantin“ einen Familienausflug nach Frei-Weinheim,
Königsbach. Dortselbst Gesang- und Musik-Vorträge
angeordnet. Für Essen und Trinken ist bestens gesorgt.
Abfahrt per Bahn 2.41 Uhr nachm. nach Deßau, dortselbst
Ankunft mit dem Motorboot.

Fußballklub „Erbach 1913“.

Erbach, 26. Aug. Bei den Radesheimer
Fussballspielen, welche am Sonntag, den 25. August von
dem Sportverein Radesheim 1910 veranstaltet werden, wird
auch der Fußballklub Erbach in sämtlichen 4 Klassen
teilnehmen. Es wurden zu diesem Zweck je eine A- und
B-Mannschaft, sowie 2 Jugendmannschaften aufgestellt.
Im Vereinsleben des Fußballklubs sei erwähnt, daß
auch eine Ehrenliste für die in dem Kriege gefallenen
Spieler besteht und ist, und wird dieselbe nach er-
folgter Einzahlung und Abhaltung einer kleinen Gedächtnis-
feier in der Vereinsversammlung ausgestellt werden. Des weiteren steht
die Vereinsleistung mit einer Wiesbadener Spezialfirma in
Verbindung wegen der Anfertigung von selbstgezeichneten
Karten, welche auf die Trikots der Spieler aufgenäht
werden sollen und das Erbacher Gemeindevappen darstellen.
In der kommenden Herbst ist seitens des Fußballklubs die
Veranstaltung einer Theateraufführung mit nachfolgendem
Fussballspiel geplant, welche, nach den getroffenen Vor-
sorge zu schließen, die Besucher nach jeder Richtung
hin voll und ganz zufrieden stellen wird.

Wie säen nicht...

Sallgarden, 26. Aug. Oberhalb des Ortes
Sallgarden, eine Gesellschaft von Touristen, mindestens zehn Per-
sonen, vom Feldhüter dabei ertappt, als sie einen Acker mit
Kartoffeln plünderten. Die gutgekleideten Diebe
wurden förmlich eine empfindliche Strafe erhalten. Auch
einige behangenen Obstkäme in derselben Gemarkung
wurden in Reichweite von Unversenen abgeerntet.

Das franz. Militär-Polizeigericht zu Wiesbaden

fällte vergangene Woche folgende Urteile: Pfeiffer, August
und Pfeiffer, Fritz in Wiesbaden wurden zu je 500 Mark
Geldstrafe verurteilt, weil sie mit Absicht, trotz mehrmaligen
Signals die Straße versperrt hatten, so daß das Auto eines
französischen Generals nicht überfahren konnte. — Müller,
Joseph, in Schwanheim a. M., Neustraße 2 wohnhaft, ist
zu einer Geldstrafe von 500 Mark verurteilt worden,
weil derselbe Alkohol an französische Soldaten verabsolgt
hat. Henninger, Arnold, in Schwanheim a. M. wohnhaft,
ist zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt worden,
weil er Alkohol an französische Soldaten verkauft und dabei
noch einen übermäßigen Preis gefordert hat. — Roth,
Katharina, in Schwanheim a. M. wohnhaft, ist zu 1000
Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil sie Alkohol an
französische Soldaten verkauft hat.

Neue Klöster.

Bingen, 26. Aug. Bei dem Festgottesdienst am
Sonntag bei der Nachschwallfahrt überlag Hochw. Herr
Bischof Dr. Killian von Limburg das Hildegardis-
haus (das frühere Hotel) an die Kreuzschwestern
und das Rupertuskloster (Priesterheim) an die O-
blatenpatres von der Unbesetzten Empfangnis Maria.
Das von Oblatenpatres in Besitz genommene Priesterheim
wird noch im Lauf dieses Jahres als Rupertuskloster
zu Ehren des in hiesiger Gegend in der 1. Hälfte des 8.
Jahrhunderts auf dem benachbarten Rupertusberg lebenden
heiligen Rupertus und das frühere Hotel Hochberg, bezw.
Mädchenpensionat zu Ehren der großen Heiligen Hildegardis,
die im 12. Jahrhundert so segensreich als Klostertöchter in dem
Hildegardis-Jungfrauenkloster auf dem Rupertusberg wirkte,
als St. Hildegardis eingeweiht. Beider soll in erster
Linie als Erziehungshaus für männliche und weibliche Stände
aus allen Kreisen dienen.

Leipzig. Gewissermaßen in aller Stille arbeitet
die deutsche Industrie mit rastlosem Eifer daran, sich trotz
der zahllosen ihr entgegneten Schwierigkeiten wieder
zu ihrer früheren Höhe emporzurufen. Von unseren großen
Weltfirmen, die während des Krieges die Fabrikation ihrer
von keiner ausländischen Industrie erreichten Produkte ein-
stellen mußten, erscheint eine nach der anderen wieder auf
dem Plan, wobei sie häufig, und das ist eben das Cha-
rakteristische für die Energie und die unermüdete Schöpfungs-
kraft unserer Industriellen, gleichzeitig auch mit einem ganz
neuen, inzwischen von ihnen erfundenen und besonders wert-
vollen Produkte vor die Öffentlichkeit treten. Das sehen wir
z. B. jetzt wieder an der Continental-Gummi- und
Gutta-Percha-Compagnie in Hannover, deren weltbekannte
Gummireifen vor dem Kriege bei fast allen großen Rennen
den Sieg davongetragen pflegten. Sie hat ein neues Reifen-
profil in dem Handel gebracht, das heraus erscheint, eine
sichtbare Lücke auf dem deutschen Reifenmarkt auszufüllen.
Dieser Reifen hat seinen Namen „Continental-Querrippen
extra Mark“ mit Bezug auf seine äußeren Merkmale erhalten.
Derselbe ist ein Gummigleichschneidreifen, bei dem die seitlich
angebrachten Rippen, von denen eine immer dem Hohlraum
zwischen zwei Rippen auf der anderen Seite der Lauffläche
gegenüber liegt, gut eingreifen und als Gleitschuh wirken.
Ein besonderer Vorzug dieses Reifens besteht darin, daß er
sich äußerst langsam abnutzt.

Die Mannheimer Diebe. Die umfangreiche Un-
tersuchung in der Diebstahlsangelegenheit auf dem Mann-
heimer Randersbühl ist nunmehr beendet. Von 330
zur Untersuchung vorgelegten Fällen wurden 232 in den
Anklagezustand erhoben, während das Verfahren gegen
98 Angeklagte auf Grund des Ergebnisses der Unter-
suchung eingestellt worden ist. Gegen 80 Angeklagte hat
das Hauptverfahren vor der Strafkammer noch zu er-
folgen, während die übrigen Angeklagten bereits verur-
teilt worden sind. Die bisher verhängten Strafen be-
wegen sich zwischen einer Woche und zwei Jahren und neun
Monaten Gefängnis.

Verteuerter Straßenraub. Bei Neulingshausen
wurde ein vertiefter Straßenraub und mehrfacher Mord
verübt. Auf der Hornberger Straße wurde ein Zechen-
fuhrwerk der Reche Emscher Lippe, das etwa zwei
Millionen Mark als Lösegeld aus der Stadt brachte,
von vier maskierten Banditen, die im Auto angefahren
samen, überfallen. Die Räuber schossen den Aufseher und
die zwei Begleitbeamten nieder und raubten etwa eine
Million Mark, darauf entliefen sie unbekannt im Auto.
Bisher fehlt jede Spur von ihnen.

Wie ist das möglich? Für Bräutigamen im
nördlichen Rheinland, die von der Eisenbahnverwaltung
ausgeführt werden sollen, wurden von 21 Unternehmern
Preisangebote eingeholt. Obwohl die Firmen über Art
und Größe der auszuführenden Arbeiten genau durch Ori-
entierung aufgeklärt waren, ergab sich bei den Angeboten
ein kaum glaublicher Unterschied. Das billigste Angebot
lautete auf 1.931.305,50 Mk., das höchste auf 9.000.492,50
Mark! Man scheint also besondere Genauigkeit bei der
Pfeilberechnung beobachtet zu haben, der Unterschied
von mehr als sieben Millionen Mark erscheint den Be-
auftragstellern nebenächlich.

Tuberkulose der Großstadtkinder. Unter den
Schädigungen, die unsere Kinder durch die Kriegsverhält-
nisse und besonders infolge der Hungerblöcke erlitten ha-
ben, steht die Zunahme der Tuberkuloseverbreitung und
sterblichkeit mit an erster Stelle genannt zu werden. Wie
eine von Kolonialrat Dr. W. Schmidt an der Univer-
sitätskinderklinik in München angestellte Untersuchung
„Münchener Medizinische Wochenschrift“ ergeben hat, sind
diese Erscheinungen nicht in allen deutschen Großstädten
in gleicher Stärke aufgetreten. Die Kinder, die in der ge-
nannten Klinik zur Aufnahme kamen, zeigten sich in den
Kriegsjahren früher mit Tuberkulose angefallen als in den
Vorkriegsjahren. Die Häufigkeit der Tuberkuloseerkrankung für
die Münchener Kinder weist im Gegensatz zu denjenigen
der Ertragslosen nur im Jahre 1916 eine Zunahme auf
und zwar sind in erster Linie das 1. und das 5. Lebens-
jahr hieran beteiligt. Im Jahre 1917 wurde bereits wie-
der die Sterblichkeitsziffer von 1914 erreicht und bis zum
Jahre 1919 war ein weiteres Sinken zu verzeichnen. Der
Abfall erfolgte jedoch wesentlich langsamer, als dies in
den Friedensjahren der Fall gewesen war. Die Münchener
Kinder waren bezüglich der Tuberkuloseerkrankung
während des Krieges wesentlich günstiger gestellt, als die
Kinder anderer deutscher Städte namentlich der Industrie-
gebiete im Rheinland und in Sachsen. Dagegen ist in-
folge der frühen Ansteckung der Kinder mit Tuberkulose
eine Zunahme der schweren Formen der tuberkulösen Er-
krankungen zu befürchten für die Zeit, in der diese früh
angesteckten Kinder dem Schulalter entwachsen.

Ausschneiden und aufbewahren.

R. B. M. Radesheim a. Rh., 25. Aug. Da man
oft bei den Interessenten auf eine bedauerliche Unkenntnis
der gesetzlichen Bestimmungen über Wochenhilfe, Familien-
hilfe und Wochenfürsorge stößt, geben wir nachstehend eine
kurze Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen über
die Ansprüche der Wöchnerinnen an die Krankenkassen.

A. Wochenhilfe.

Nach § 125a der Reichsversicherungsordnung in der
Fassung der Bekanntmachungen vom 26. 9. 1920 und 30.
4. 1920 erhalten Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor
der Niederkunft, mindestens 6 Monate hindurch versichert
waren, als Wochenhilfe

1. einen einmaligen Betrag zu den Kosten der Entbin-
dung in Höhe Mk. 50.—
2. ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch
mindestens Mk. 1.50 täglich einschließlich der Sonn-
und Feiertage für 10 Wochen, von denen 4 in die
Zeit vor und 6 in die Zeit nach der Entbindung
fallen. Das Wochengeld für die ersten 4 Wochen ist
mit dem Tage der Entbindung fällig.
3. eine Beihilfe bis zum Betrage von Mk. 25
für Hebammenbesuche und ärztliche Behandlung, falls
solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich
werden.
4. solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld
in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens
75 Pfg. täglich, einschließlich der Sonn- und Feiert-
tage, bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Nie-
derkunft.

B. Familienhilfe.

Die gleichen Leistungen wie zu A. (Wochenhilfe) er-
halten auch die Ehefrauen, sowie solche Töchter, Stief- und
Pflegetöchter der Versicherten, welche mit diesem in häus-
licher Gemeinschaft leben, wenn sie selbst nicht versichert
sind, aber deren Mann bezw. Vater im letzten Jahre min-
destens 6 Monate hindurch versichert gewesen ist. Es kön-
nen also auch Ehefrauen die zu A. bezeichneten Leistungen
beanspruchen, wenn sie nicht mit dem Versicherten in
häuslicher Gemeinschaft leben, dagegen ist bei Töchtern,
Stief- und Pflegetöchtern für den Bezug der Familienhilfe
Voraussetzung, daß sie mit dem Versicherten in häuslicher
Gemeinschaft leben.

C. Wochenfürsorge.

Minderbemittelte, nicht versicherte Wöchnerinnen,
die auch keinen Anspruch auf Familienhilfe haben, er-
halten aus Mitteln des Reiches eine Wochenfürsorge wie zu
A. (Wochenhilfe). Als minderbemittelt gilt eine Wöchnerin,
wenn ihr und ihres Mannes Gesamteinkommen oder sofern
sie allein steht, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre oder
Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von Mk. 4000
nicht übersteigt hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes
vorhandene Kind unter 15 Jahren um Mk. 500.

Mindestleistungen.

Nach diesen Bestimmungen können Wöchnerinnen als
Mindestleistung von den Krankenkassen fordern:

1. Entbindungskostenbeitrag Mk. 50.—
2. Wochengeld für 4 Wochen = 28 Tage
a 1.50 Mk. = Mk. 42.—
auszahlbar am Tage der Entbindung,
Wochengeld für 6 Wochen = 42 Tage
a 1.50 Mk. = Mk. 63.00
wöchentlich zahlbar.
Für nichtstillende Mütter also insgesamt Mk. 105.00
3. Stillgeld für 12 Wochen = 84 Tage
a 75 Pfg. = Mk. 63.75
Für stillende Frauen insgesamt Mk. 220.25
Dazu kann nach Bedarf noch obenstehender Beitrag
bei Schwangerschaftsbeschwerden kommen.
Es handelt sich hierbei um Mindestleistungen der Kran-
kenkassen. Die Kassenfassung kann das Wochengeld bis zur
Höchstgrenze von 3/4 des Grundlozes erhöhen.

Weinzeitung.

Radesheim, 26. Aug. In der hiesigen Gemein-
schaft sind die Weinberge im „Berg“ und „Oberfeld“
am Samstag geschlossen worden.

Aus Rheinhessen, 26. Aug. Die Herbstaus-
sichten haben sich verschlechtert. Nebelhaftigkeiten bedrängen
den Berg; Peronospora und Oidium haben weiter um
sich gegriffen. — Im Weingeschäft ist es still. Bei gesunkenen
Preisen sind einige kleinere Verkäufe perfekt ge-
worden; in Nieder-Saulheim zahlte man für 1919er 12000
Mk., in Ronsheim 14000 Mk. und in Rüngersheim
18000 Mk. per Stück. In Gensingen wurden 3 Stück
1918er Burgunder zu 16000 Mk. per Stück verkauft.

Aus der Rheinpfalz, 26. Aug. Die Reife
der Trauben ist so rasch vorangeschritten, daß bereits in
manchen Reborten die Schließung der Weinberge erfolgte.
Reifende Trauben sind häufig; Frühtrauben werden zu
Tafelwecken geschritten. An der Oberhardt zogen die
Weise für die 1919er wieder an. 1000 Liter
kosten: Rotweine der Unter- und Mittelhardt 7000—9500
Mk., Weißweine Oberhardt 7000—8000 Mk., Unterhardt
8000—10000—12000 Mk. und Mittelhardt 17000—
20000—25000 Mk.

Verantwortlich: Alexander Etienne, Deßau.

**Herren-Sohlen 34 Mk.
Damen-Sohlen 27 Mk.
Garantiert Kornleder. Tel. 3033.
Wiesbaden, Schuh-Reparatur, Mauergasse 12.**

Trauerbriefe — Trauerkarten
Reicht schnellstens „Rheingauer Bürgerfreund“.

Öffentliche Bekanntmachung.

Unter Nr. 11 des Genossenschaftsregisters ist bei dem „Niederrheinischen Winzerverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Niederh.“ eingetragen worden:

Der Peter Josef Lambert ist aus dem Vorstand ausgeschieden und an seine Stelle der Johann Bibo II., Winzer in Niederh. gewählt worden.

Elftville, den 20. August 1920.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen zu Hattenheim am

27. August 1920,

vermittags 9 Uhr,

folgende Gegenstände als:

4 Stück Weißwein

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Zusammenkunft der Kaufliebhaber vormittags 8 1/2 Uhr am Rathaus.

Hattenheim, den 25. August 1920.

Schnellert, Gerichtsvollzieher.

Wohltätigkeits-Konzert

in Hallgarten.

Sonntag, den 29. August 1920,

veranstaltet der Katholische Männergesangsverein Hattenheim (über 90 Mitglieder) unter der Leitung des Herrn Musikdirektors Jos. Veres-Barman und unter Mitwirkung der Konzertfängerin Fräulein Renne Niemann (Sopran)-Barman in der

Winzerhalle zu Hallgarten ein Wohltätigkeits-Konzert.

Anfang punkt 4 Uhr.

Das Programm weist 18 Nummern auf. Darunter Kunst-Ödne und Volkslieder.

Eintrittspreise: Reservierter Platz 10 Mark, die übrigen Plätze, soweit der Raum es gestattet à 5 Mk.

Karten für reservierte Plätze sind im Vorverkauf gegen Kasse (nur bis Sonntag nachmittag 2 Uhr) bei Herrn Lehrer Meherer in Hallgarten zu haben.

Von Freitag ab frischer Transport Ia. Oldenburger



Ferkel und Läufer

zu billigsten Tagespreisen zum Verkauf bei

Josef Wilhelm, Mittelheim,

Telephon 181.

Hauptstraße 24.

2 Minuten vom Bahnhof Destr. Winkel.

Dr. Ernst Ottomar Traeger

hat sich im Rheingau

Winkel (Rheingauer Hof)

Telephon 37

Telephon 37

als praktischer

Tierarzt

niedergelassen.

Vulkus-Briketts

Ohne Bezugsschein. Beschlagnahmefrei

für Oefen und Zentralheizungen in Waggonladungen von 10 Tonnen an, ab Werk empfiehlt

Wilhelm Weber, Wiesbaden,

Wallritzstr. 7.

Telephon Nr. 607.

Von der Reise zurück!

Dr. Bellinger

Spezialarzt für Lungenkrankheiten

Telephon 4055.

Mainz, Kaiserstraße 48 part.

Sprechstunden: Montag u. Freitag von 12—1 Uhr

und 3—5

Sonder-Angebot!

„Tiga“-Gummisohlen

per Paar 10.—, 11.—, 12.—, 13.—, 14.—

Jeder sein eigener Schuhmacher! Leicht zu befestigen! Angenehmer geräuschloser Gang! Schuh gegen Kälte und Nässe! Haltbarer wie Leder!

Ia. Gummibläße von 2.50 an.

Süddeutsche Gummisohlen- und Absatzniederlage Wiesbaden, Schwalbacherstraße 23.



Alljährlich

im August-September bis zu dem Zeitpunkt, wo die Neubestellungen für den Herbst erfolgen, mache ich

stets, seit Jahr und Tag

besonders günstige Preise für die Spezialabteilung

Herren-Mass-Anfertigung.

Auf Grund meiner sehr sorgfältig gewählten Stoffsortimente, meiner erstklassigen Leistung unter Leitung fachkundiger Schneider und eingeschulter Schneider

leiste ich Hervorragendes.

Kaufen Sie jetzt, so kaufen Sie zu Vorzugspreisen. Die Mass-Abteilung befindet sich im 1. Stock.

Christian MENDEL, Mainz

Kaufhaus am Markt.

Opel-Motorfahräder

das ideale Beförderungsmittel für Berufs- und Vergnügungsfahrten

jetzt lieferbar

Vertreter der Opel-Fahrrad-Werke

August Seel, Wiesbaden,

Schwalbacherstraße 27.

Telephon 3921.

Tafel- u. Wirtschaftsobst

auch Fall- und Kelterobst kaufen zu höchsten Tagespreisen und bitten Erzeuger und Ankäufer um Benachrichtigung.

Schipp & Kiehn, Obstgroßhandlung, Niederwalluf i. Rhg.

Färberei u. chem. Reinigung

Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstraße 5. — 6149 Telephon 6149.

Läden: Weissenburgstraße 12, Schwalbacherstraße 9.

Reinigen u. Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben

sowie Teppiche, Möbelstoffe usw.

Dekatieren und Imprägnieren (wasserdicht).

Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden. Lieferzeit 8—10 Tage, Trauersachen 24 Stunden.

Prompte Bedienung. — Solide Preise.

Annahme für Oestrich und Umgegend:

Frau Maria Hofmann, Oestrich, Möhlstraße 9.

Große Faßversteigerung.

Montag, den 30. August 1920,

vormittags 9 Uhr beginnend,

versteigere ich Dagobertstraße 7 in Mainz,

(am Südbahnhof)

30 Stückfässer, neu

150 Halbhüdfässer, teils neu, teils gebraucht.

J. Seifner,

Gerihtsvollzieher in Mainz.

Billiger Möbel-Verkauf!

Mod. Schlafzimmer mit Ia. Einlagen neu u. geb. Rücken m. 1 u. 2 Schränken, in tannen und echt pisch, Wohnzimmer nach Wunsch zusammenstellbar; jezt Einzelmöbel geb., gut erhalten als Gelegenheitskauf, ständig am Lager, ferner Matratzen, Decken, Kissen, Betten, Leib- und Tischwäsche, Gardinen, Kissen usw.

Möbelfabrik und Schneiderei

K. Graubner, Wiesbaden,

Adlerstraße 3.

Tel. 3346.

Wer übernimmt in Landorten

Annahmestelle f. Dampfwaschanstalt

die direkt am Hauptbahnhof in Mainz gelegen ist?

Für Voten, Vötinne und solche, die wöchentlich nach Mainz fahren, guter Nebenverdienst.

Offerten unter „Wäscheannahme“ an Ann.-Expd. Greif, Mainz, Franziskanerstraße.

Biegenlamm

4 Monate alt, zu verkaufen.

Näh. Winkel,

Obere Schwemmbach 13.

5 Monate alter deutscher

Schäferhund

sehr wachsam, von gutem Stammbaum, zu verkaufen.

Näh. Hattenheim, Hauptstr. 8.

Weinlagerfässer,

tabellös ausgehöhelt, gebrauchsfertig, fast neu, von 15—50 Hektoliter Inhalt

Ia. Bierlagerfässer,

von 15—50 Hektoliter Inhalt, zum Um- und Ausarbeiten, billig zu verkaufen durch Küfermeister R. H. H. Kiehn, Ziegelstein, Mainzerstraße 34.

Küfer

der zuverlässig und an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, wird für dauernd von einer Rheingauer Weinhandlung gesucht.

Offerten unter N. N. 101

an die Exped. d. Bl.

Reparaturen

aller

Motorfahrzeuge, Lastwagen, Personewagen, Motorräder

(Spezialwerkstätte für „Indian-Motorräder“), Fahrräder, Nähmaschinen u. Schreibmaschinen, sowie sämtliche ins Fach

schlagenden Reparaturen, werden prompt und schnell bei

günstiger Berechnung ausgeführt in der

Auto-Reparatur-Werkstätte

Albert Lebert, Erbach.

Telephon 184. Amt Elftville.

Woll-Spinnerei

übernimmt noch Aufträge im Lohn zu

Strickwolle, Naturweiss, Naturgrau, Naturbraun,

Schwarz, Silbergrau, Lederfarbe, Marengo, Fälschfarbe vor

rätig zum Umtausch gegen Schafwolle, bekannt in

Strickgarn. Woll-Verwertung Wiesbaden, Eisenaustr. 16, Tel. 3103. Elektr. grüne

Linie Nr. 4, Haltest. Blücherstr., Zusendung p. Post (bis 20

Kilo zolltes.) werden gewissenh. erledigt.

Wasserstiesel

Größe 44.

1 gut erhaltene Bettstiege zu verkaufen.

1 Gans und 2 Enten gegen Weizen umzutauschen.

5 Hasen gegen Tauben oder Frucht umzutauschen. Näh. in der Exped. d. Blg.

Junger Beamte

dem es an jeglichem Bekanntheit mangelt, sucht auf diesem Wege die Bekanntheit eines gewöhnlich erzogenen Mannes. Alter 68 zu 19 Jahren, zwecks späterer Heirat. Bild, welches zur Verfügung steht, wird unter N. 3. 23 an den Verlag der Zeitung reichen.

Gut erhaltener

Herd

abzugeben bei Dietrich u. Kram, Elftville, Rheingauerstraße

1 kleine Holzkoln

vieredig, zu verkaufen.

J. Kiehn, Niederwalluf

Bahnstraße 14.

Gebrauchtes

Klavier

ober Flügel zu kaufen oder Offerten unter N. 3. 23 an die Expedition dieser Zeitung.

Einfamilienhaus

mit großem Garten bald später im Rheingau kaufen gesucht.

Off. unter N. 3. 23 an

Expedition dieser Zeitung.

Kornstroh

(Hofgedruch) per Str. p. 20 Mt., zu haben bei

Andr. Killan, Winkel a. L.

Ellenbogengasse 2.

Mainzer Pädagogium

Mainz. Kaiser-Friedrichstr. 25. Vorbild. für Einj., Obersekunda, Prima u. Matur. auch für Damen. Ob

1920 bestanden alle aus einem Schüler zwei Jahren Prüfungen bestanden. Sch

Schüler.

Volkschüler

erlangen nach dem Vorbereitungs- u. Einjährig-Freiw.-Zeugnis und in

Reife für Obersekunda. Prosa frei. Sprechstunden

11—14 Uhr. Fernspre

3178.

Warnung!

Warne hiermit jedermann meiner Frau Emilie

etwas zu leihen oder zu

geben, da ich für nichts

aufkomme.

Niederwalluf, den 20. 8.

Schiffer Martin

Haus

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.

Winkel a. L.